

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN e.V.

Menschenrechte kennen keine Grenzen

Georgenkirchstraße 69/70
10249 Berlin

Tel.: (030) 24344 - 5762

Fax: (030) 24344 - 5763

buero@fluechtlingsrat-berlin.de

www.fluechtlingsrat-berlin.de

Bericht über die Arbeit des Flüchtlingsrates Berlin e.V. 2006

25 Jahre Flüchtlingsrat Berlin

2006 konnte der Flüchtlingsrat sein 25jähriges Bestehen begehen. 1981 wurde er vor dem Hintergrund des nötigen politischen und sozialen Engagements für Flüchtlinge im damaligen Berlin-West gegründet. Unterstützt wurde seine Gründung u.a. durch das Berliner Missionswerk, der Gossner Mission, amnesty international und einem der ersten Vereine für Ausländer in der Stadt, dem Ausländerkomitee Berlin (West).

2006 gab es Gelegenheit Rückschau zu halten und Bilanz zu ziehen, wie auf der 500. Sitzung des Flüchtlingsrates im Februar. Gleichzeitig ergaben sich durch die Abgeordnetenhauswahlen im September aktuelle Impulse für die Arbeit des Flüchtlingsrates, galt es, die Bleiberechtskampagne fortzuführen. Anfang April wurde das Stück des GRIPS Theaters „Hier geblieben!“ in einem größeren Rahmen für Freundinnen und Freunde des Flüchtlingsrates im PallasT Schöneberg gezeigt. Im August fand im Beisein von ca. 400 Gästen die Geburtstagsfeier des Flüchtlingsrates im GRIPS Theater statt, mit dem auch 2006 eng zusammengearbeitet wurde.

Thematische Schwerpunkte

Abschiebungshaft vermeiden

Der Flüchtlingsrat Berlin setzt sich prinzipiell für die Abschaffung der Abschiebungshaft ein, die er als unverhältnismäßige Einschränkung der Grundrechte der Betroffenen bewertet. Bis zur Erreichung dieses Ziels legt der Flüchtlingsrat Hauptaugenmerk auf die Umsetzung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses von 2001 zur Verbesserung der Situation im Gewahrsam und zur Vermeidung von Abschiebungshaft. Gemeinsam mit dem Jesuiten-Flüchtlingsdienst und den im Aktionskreis Abschiebehaft zusammengeschlossenen Vertreter/innen von Kirchen und Verbänden erarbeitete der Flüchtlingsrat ein aktuelles Positionspapier zum erreichten Stand der Umsetzung der erwähnten Beschlüsse des Abgeordnetenhauses. Dieses Papier wurde im Mai auf einer Pressekonferenz vorgestellt.

Ungeachtet erreichter Verbesserungen für die Insassen im Berliner Abschiebungsgewahrsam und einer gesunkenen Zahl der Inhaftierten wurde den Forderungen des Flüchtlingsrates nach einer unabhängigen medizinischen Versorgung und einer staatlich unterstützten Rechtsberatung der Betroffenen durch die politisch Verantwortlichen nicht entsprochen.

Soziale Rechte erstreiten

Anfang des Jahres wurden durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales die Ausführungsvorschriften zur Auslegung des Asylbewerberleistungsgesetzes und den weiter bestehenden Möglichkeiten der Leistungskürzungen erlassen. Für diese hatte sich der Flüchtlingsrat seit längerem eingesetzt, um eine Obdach- und Mittellosigkeit von geduldeten Flüchtlingen vermeiden zu können. 2006 wurde der Flüchtlingsrat mit der zunehmenden Praxis einiger Sozialämter und des zuständigen Landesamtes konfrontiert, Flüchtlinge in die Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber (keine Bargeldleistung, Vollverpflegung) einzuweisen, um sie zur Erfüllung ihrer (ausländerrechtlichen) Mitwirkungspflichten zu erpressen. Aus der Erstaufnahmeeinrichtung wurde so auch ein „Ausreisezentrum“.

Bleiberecht einfordern – Hier geblieben!

Die Forderung nach einer großzügigen Bleiberechtsregelung für geduldete und asylsuchende Flüchtlinge mit langjährigem Aufenthalt stand weiter im Mittelpunkt der Arbeit des Flüchtlingsrates. Er arbeitete hierbei eng mit dem Ausländerbeauftragten der EKBO im Rahmen des Berliner Arbeitskreises Bleiberecht zusammen. An diesem nahmen weiter Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände und der Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses teil. Abgestimmt mit PRO ASYL führten Mitglieder des Arbeitskreises Gespräche mit Bundestagsabgeordneten von SPD, CDU und FDP.

Das im Vorjahr gestartete Aktionsprogramm "Hier geblieben!", initiiert vom GRIPS Theater, der GEW Berlin und dem Flüchtlingsrat, erreichte mit den Aktionstagen von „Jugendliche ohne Grenzen“ zu den Innenministerkonferenzen in Garmisch-Partenkirchen und in Nürnberg seine Höhepunkte. In Garmisch-Partenkirchen kam es im Mai zur symbolischen Eröffnung der Fußball-WM mit einer Mannschaft der Innenminister, die mangels eigener Präsenz von jungen Flüchtlingen vertreten wurden. Auf der Zugspitze fand ein spontanes „Gipfeltreffen“ mit den Innenministern und jungen Flüchtlingen statt. In Nürnberg wurde im November Bayerns Innenminister Günter Beckstein zum „Abschiebeminister 2006“ von „Jugendliche ohne Grenzen“ gekürt.

Aktionen für das Bleiberecht fanden außerdem am Rande des Symposiums des UNHCR zum Flüchtlingsschutz im Juni statt, als Luftballons mit Karten gegen Abschiebungen („Die Welt war bei uns zur Gast!“) an Bundesinnenminister Schäuble geschickt wurden. Vor seinem Dienstsitz fand im September ein weiterer Aktionstag für ein Bleiberecht statt. Begonnen hatten Aktionen im Rahmen der Bleiberechtskampagne bereits im Januar mit einer Demonstration von der SPD-Bundeszentrale zum Sitz der CDU und setzten sich fort im April, als auf der Glienicker Brücke die „Berliner Mauer“ kurzzeitig wieder errichtet wurde. Damit wurde auch auf die Residenzpflicht für Flüchtlinge aufmerksam gemacht, die für diese in der Bundesrepublik viele unsichtbare Mauern oder Grenzen schafft.

Die in Nürnberg von den Innenministern verabschiedete Bleiberechtsregelung ist ein erster Erfolg der Bleiberechtskampagne. Für den Flüchtlingsrat wird die Forderung nach deren großzügigen Auslegung in Berlin und nach einer wirksamen gesetzlichen Regelung im Mittelpunkt der künftigen Arbeit stehen.

Härtefälle schützen

Im Januar konnte auf einer Pressekonferenz von Flüchtlingsrat, Migrationsrat und Jesuiten-Flüchtlingsdienst eine beeindruckende Bilanz des ersten Arbeitsjahres der Härtefallkommission in Berlin, nach dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes, gezogen werden. So konnten in 187 Fällen Flüchtlinge ein Aufenthaltserlaubnis erhalten. Der Flüchtlingsrat unterstützte die gemeinsam mit pax christi und Asyl in der Kirche getragene Beratungsstelle für potentielle Härtefälle, gefördert durch die Stiftung UNO-Flüchtlingshilfe.

Medizinische Versorgung gewährleisten

Der Flüchtlingsrat setzte die enge Zusammenarbeit mit dem Büro für Medizinische Flüchtlingshilfe fort. Diese fand ihren Ausdruck bei einer gemeinsamen Bootsfahrt durch die Innenstadt für die Rechte von Flüchtlingen aus Anlass des Tages des Flüchtlings Ende September 2006. Neben der Forderung nach einem Bleiberecht für Geduldete stand auch die nach einer Legalisierung von Menschen ohne Papiere in einer gemeinsamen Presseerklärung.

Nothilfe leisten

2006 wandten sich monatlich ca. 10-20 Flüchtlinge an den Flüchtlingsrat, um aus Mitteln des Nothilfefonds eine schnelle und unbürokratische Unterstützung zu erhalten. Dies war dank der Spenden einzelner Förderer und des Fördervereines "Freundeskreis Flüchtlingsrat Berlin", die Unterstützung durch das Berliner Missionswerk und die Gossner Mission möglich. Ohne die Kollektensammlung durch die Kirchengemeinden der Landeskirche (EKBO) wäre die Finanzierung des Nothilfefonds nicht denkbar.